

Thema Wiewärthe: Kein Nerv mehr für Haarspaltereien

UBV erinnert in Pößneck daran, dass CDU und SPD beim Thema Wiewärthe alles in ihrer Hand haben

28. September 2017 / 02:49 Uhr



Von Außenstehenden wird die Bürgerinitiative gegen die Deponie immer wieder mit der Frage konfrontiert, warum sie denn nicht die Grünen einschalte. Hat sie wohl. Andreas Vitik (links) und seine Mitstreiter hatten im Juni 2016 Thüringens Umweltstaatssekretär Olaf Möller (rechts) auf die Deponie – und nie wieder etwas von ihm gehört. Foto: Marius Koity

Pößneck. Die Unabhängige Bürgervertretung (UBV) im Saale-Orla-Kreis setzt die CDU und SPD beim Thema Wiewärthe mehr oder weniger unter Druck.

Wenn sie es wirklich wollten, könnten die beiden Parteien in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Saale-Orla jetzt schon das von vielen Bürgern geforderte Ende der Kesselstäube auf der Deponie Wiewärthe in Pößneck beschließen, sagte UBV-Chef Andreas Scheffczyk in einer Bürgerversammlung in Pößneck-Köstitz. Denn CDU und SPD haben sowohl in der Saale-Orla- als auch der Saalfeld-Rudolstadt-Fraktion der Verbandsversammlung die Mehrheit, erinnerte der Göschitzer in der Veranstaltung mit einem knappen Dutzend Interessierter, drei Verbandsräten und zwei Referenten. Dass ein und dieselbe Partei einen Sachverhalt mal so und mal so betrachte und sich zu keiner Position bekenne, sei nicht nachvollziehbar.

Auf der Wiewärthe passiere nichts Illegales, hielt der stellvertretende Verbandsrat Lars Fröhlich (SPD) aus Langenorla grundsätzlich fest. Es sei erlaubt, in Pößneck die Kesselstäube endzulagern, die in der Müllverbrennung in Rudolstadt-Schwarza anfallen. Warum soll man also ohne Grund etwas verbieten und wie soll man die entsprechenden Kosten den Gebührenzahlern erklären, fragte er. Ansonsten sei „Kesselstaub“ der falsche Begriff für die fraglichen Stoffe.

Für solche Haarspaltereien hatte eine Betroffene aus Pößneck-Nord keinen Nerv. „Bei Wind weht’s rüber und macht uns krank“, stellte sie klar. Ein Mann aus Pößneck-Nord verwies auf eine privat beauftragte Untersuchung, der zufolge er Stäuben ausgesetzt sei, die bei verschiedenen

Schwermetallen fünffach höhere Werte als durchschnittlicher Hausstaub aufgewiesen hätten. Fröhlichs Fragestellungen wunderten auch Gerd Querengässer (UBV) aus Pößneck, so dass er sich am Rande seinerseits fragte, ob die SPD überhaupt gewillt sei, etwas gegen die Kesselstäube zu tun. Teilnehmer an der Diskussion sprachen bald auch den „Krebskatalog“ der Bürgerinitiative gegen die Deponie an. In fast jedem Haus in Pößneck-Nord sei der Krebs schon gewesen.

Ja warum erstatte keiner Strafanzeige, wenn das so schlimm sei, blieb Fröhlich hartnäckig. Weil die Gesundheitsschädlichkeit der auf der Deponie landenden Stoffe amtlich nicht erwiesen sei, räumte der Pößnecker Verbandsrat Wolfgang Kleindienst (UBV). Er fand, dass eine solche Anzeige Aufgabe des Pößnecker Bürgermeisters Michael Modde (Freie Wähler) sei. Kleindienst würde die Kesselstäube schon wegen der „gefühlten Gefahr“ sofort verbannen.

Deshalb will Kleindienst nach wie vor, dass der Kreistag des Saale-Orla-Kreises seine sechs Verbandsräte förmlich anweist, in der Verbandsversammlung gegen die Kesselstäube einzutreten. Eine solche Anweisung sei laut Artikel 30 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit möglich. Allerdings, und auch das ist Fakt, müssen sich die Verbandsräte nicht daran halten.

Der Triptiser Verbandsrat Dieter Knüpfer (Linke) fragte sich, warum die Grünen einen Bogen um das Deponie-Politikum und die Pößnecker nicht mehr Druck auf ihren Stadtrat machen. Kleindienst trug hierzu vor, dass Modde als Bürgermeister eines sage, als Zweckverbands-Vorsitzender etwas anderes. Auch die früheren Zweckverbands-Chefs Gottfried Schugens (CDU) und Frank Roßner (SPD) bekamen ihr Fett weg.

Scheffczyk und Kleindienst beklagten wiederholt, dass sich die Bürgerinitiative gegen die Deponie von CDU und SPD für parteipolitische Zwecke benutzen lasse. „Hinter den Kulissen hat jemand ein Interesse, die Bürgerinitiativen nach dem Motto ‚teile und herrsche‘ zu spalten“, spekulierte er.

Andreas Vitik, Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Deponie, hält die großkoalitionäre Strategie allerdings für erfolgsversprechender als den UBV-Alleingang (OTZ vom 15. September) und hatte im Vorfeld von der Teilnahme an der Bürgerversammlung per Pressemitteilung abgeraten. „Nur ein geschlossenes Handeln führt zum Erfolg“, das hätten Scheffczyk & Co. verhindert, hieß es in dem Papier. Der UBV wird vorgehalten, „bis zu diesem Zeitpunkt nie in der Sache tätig“ gewesen zu sein, außerdem nichts Neues zu sagen. Kleindienst, „welcher in der Vergangenheit hier viel geleistet hat“, so Vitik, möge an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Kleindienst bleibt dabei, dass jetzt kompromisslos Pflöcke eingeschlagen werden müssten. Denn im Wahljahr 2018 werde sich keiner Zeit für die Kesselstäube nehmen.

Pößneck und der Saale-Orla-Kreis hätten die Müllverbrennung nicht gebraucht, schimpfte der Querengässer gen Saalfeld. Zuvor hatte Scheffczyk sich geoutet, dass er seinerzeit, als er selbst Verbandsrat war, für die Thermische Verwertungsanlage Schwarza gestimmt habe, weil es ja um Arbeitsplätze im Nachbarlandkreis ging – von dort hätte er jetzt ähnliche Solidarität mit Pößneck-Nord erwartet. Zustimmung erfuhr der Pößnecker Unternehmer Uwe Keck mit seiner Feststellung: „Im 21. Jahrhundert braucht man keine Deponie innerhalb einer Stadt.“

Marius Koity / 28.09.17